



Bericht an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Bericht der: Personalkommission
vom: 10. Dezember 2015
zur Vorlage Nr.: [2015-394](#)
Titel: **Bericht zum Postulat 2013-463; «Fairer Arbeitgeber Baselland: Bewerbung für das Label ‚iPunkt‘»**
Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)



Bericht der Personalkommission an den Landrat

betreffend Bericht zum Postulat 2013/463; «Fairer Arbeitgeber Baselland: Bewerbung für das Label ‚iPunkt‘»

Vom 10. Dezember 2015

1. Ausgangslage

Am 12. Dezember 2013 reichte Balz Stückelberger das Postulat «Fairer Arbeitgeber Baselland: Bewerbung für das Label ‚iPunkt‘» ([2013/463](#)) ein, das am 30. Oktober 2014 vom Landrat überwiesen wurde. Darin wird der Regierungsrat beauftragt, den Erwerb eines Labels zu prüfen, mit dem Arbeitgeber ausgezeichnet werden, die Menschen mit Behinderungen im ersten Arbeitsmarkt anstellen. Das Label «iPunkt» wurde vom Verein «Impulse Basel» ins Leben gerufen, dessen Wirkungsbereich auf die Region Nordwestschweiz beschränkt ist.

Für den Erwerb des Labels sind mehrere Bedingungen zu erfüllen. Der Regierungsrat hält in seiner Antwort fest, dass der Kanton Basel-Landschaft diese problemlos erfüllen könnte. Dazu gehören die Bekennung zu Werten und Zielen der Kampagne «Charta», das Ermöglichen einer dauerhaften Festanstellung mindestens einer behinderten Person, das Designieren einer für «iPunkt» zuständigen Person oder die Ernennung einer/s Götti oder Gotte für jeden behinderten Mitarbeiter. Die Kosten würden sich für den Kanton auf jährlich wiederkehrende CHF 10'000 Franken belaufen.

In seinem Bericht hält der Regierungsrat fest, dass die Vorteile für den Kanton eher gering sind. Zudem ist den vermittelnden Institutionen die wohlwollende Haltung des Kantons Basel-Landschaft als Arbeitgeber gegenüber Personen mit Behinderungen bereits bekannt. Ausserdem gibt es schon heute mehr Anfragen als Platzierungsmöglichkeiten. Aus diesem Grund beantragt die Regierung, auch in Anbetracht der aktuellen Finanzlage des Kantons, auf den Erwerb des Labels zu verzichten und das Postulat abzuschreiben.

Für Details wird auf die [Vorlage](#) verwiesen.

2. Kommissionsberatung

2.1. Organisatorisches

Die Personalkommission behandelte die Vorlage am 23. November 2015 im Beisein von Regierungspräsident Anton Lauber, Martin Lüthy, Leiter des Personalamtes, sowie Barbara Delanty, Leiterin des Fachbereichs Personalmanagement.

2.2. Eintreten

Eintreten auf die Vorlage war unbestritten.

2.3. Detailberatung

Der Bericht der Regierung stiess in der Kommission auf allgemeine Zustimmung. Es wird gewürdigt, dass der Kanton bereits Schritte unternommen hat und weiterhin unternimmt, die dem Anliegen des Postulats entsprechen. Etwas kritischer beurteilte ein Teil der Kommission jene Firmen, die sich darauf spezialisieren, Menschen mit Behinderungen auf dem Arbeitsmarkt zu platzieren und bei ihren Tätigkeiten zu unterstützen. Ein Kommissionsmitglied bemerkte, dass hier ein Markt aufgebaut und mit viel Geld subventioniert werde. Als Nebeneffekt würden dabei private Firmen konkurrenziert. Ein

anderes Kommissionsmitglied gab dagegen zu bedenken, dass diese Entwicklung eine Folge davon sei, dass heute immer weniger Arbeitgeber bereit sind, zusätzliche Anstrengungen zu leisten, um eine berufliche Eingliederung behinderter Menschen im eigenen Betrieb zu ermöglichen. Verantwortlich dafür sei nicht nur der bis in die untersten Positionen zunehmende Leistungsdruck, sondern auch das Aussterben sozial gesinnter «Patrons», die gewillt sind, Entscheidungen zu treffen, die nicht zwangsläufig in eine bessere Performance münden. Barbara Delanty wies weiter darauf hin, dass viele Arbeitgeber, die Menschen mit Behinderungen beschäftigen, froh seien um die Dienstleistungen dieser Sozialfirmen, die zum Beispiel mit dem Einsatz von Coaches für eine optimale Betreuung (und somit eine Entlastung des Betriebs) sorgten.

Die Kommission war der Meinung, dass der Kanton bereits ausreichend Massnahmen zur Integration von Menschen mit Behinderungen unternimmt. Somit kann – auch aus finanziellen Gründen – auf den Erwerb des Labels «iPunkt» verzichtet werden.

3. Beschluss der Personalkommission

Die Personalkommission folgt dem Antrag der Regierung und schreibt das Postulat [2013/463](#) mit 7:0 Stimmen einstimmig ab.

10. Dezember 2015 / mko

Personalkommission
Balz Stückelberger, Präsident